

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst und Ausschusdienst

N i e d e r s c h r i f t

Finanzausschuss

132. Sitzung

am Donnerstag, dem 4. November, 10:00 Uhr,
im Sitzungszimmer des Landtages

Anwesende Abgeordnete des Finanzausschusses

Ursula Kähler (SPD) Vorsitzende
Holger Astrup (SPD)
Renate Gröpel (SPD)
Helmut Jacobs (SPD)
Günter Neugebauer (SPD)
Eva Peters (CDU)
Reinhard Sager (CDU)
Thomas Stritzl (CDU)
Monika Heinold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Wolfgang Kubicki (F.D.P.)

Fehlende Abgeordnete des Finanzausschusses

Berndt Steincke (CDU)

Anwesende Abgeordnete des Wirtschaftsausschusses

(zu Punkt 9 der Tagesordnung)

Uwe Eichelberg (CDU) Vorsitzender
Frauke Walhorn (SPD) in Vertretung von Klaus-Dieter Müller
Bernd Schröder (SPD)
Klaus Haller (CDU)
Gero Storjohann (CDU) in Vertretung von Silke Hars
Brita Schmitz-Hübsch (CDU)

Fehlende Abgeordnete des Wirtschaftsausschusses

Hermann Benker (SPD)
Gisela Böhrk (SPD)
Dr. Jürgen Hinz (SPD)
Karl-Martin Hentschel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Christel Aschmoneit-Lücke (F.D.P.)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Schleswig-Holsteinischen Abgeordnetengesetzes	5
Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD, CDU, F.D.P. und der Abgeordneten des SSW Drucksache 14/2459	
2. a) Finanzplan des Landes Schleswig-Holstein 1999 bis 2003	6
Bericht der Landesregierung Drucksache 14/2342	
b) Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplanes 2000 (Haushaltsgesetz 2000)	
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 14/2320	
Beantwortung von Fragen	
3. Stiftung „Schloss Glücksburg“	10
4. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes	11
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 14/2435	
5. Unabhängigkeit und Bestand der Verbraucherarbeit in Schleswig-Holstein	12
Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 14/2420	
Änderungsantrag der Fraktion der F.D.P. Drucksache 14/2466	

6. Outputorientierte Budgetierung	13
<ul style="list-style-type: none">• Zielvereinbarungen und outputorientierte Budgetierung im Pilotbetrieb ErlebnisWald Trappenkamp Umdruck 14/3690• Konzept zur Einführung einer outputorientierten Budgetierung in der Landesverwaltung Schleswig-Holstein Umdruck 14/3815• Zwischenbericht über die §-10a-LHO-Modellprojekte Umdruck 14/3816	
7. Pilotbehörde „Staatskanzlei“ im Rahmen des Projekts der flächendeckenden Einführung der Kosten- und Leistungsrechnung in der Landesverwaltung	15
Vorlage des Chefs der Staatskanzlei Umdruck 14/3865	
8. a) Einwilligung des Schleswig-Holsteinischen Landtages in die Veräußerung der in der Anlage bezeichneten Liegenschaften zum Verkehrswert an die Investitionsbank Schleswig-Holstein, Zentralbereich der Landesbank Schleswig-Holstein Girozentrale	16
Antrag des Ministeriums für Finanzen und Energie Drucksache 14/2365	
b) Gebäudemanagement Schleswig-Holstein (GMSH) hier: Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2000	
Vorlage des Ministeriums für Finanzen und Energie Umdruck 14/3957	
9. Verkauf des landeseigenen Hafens Dagebüll und Privatisierung der landeseigenen Hafengruppe Brunsbüttel	18
Vorlage des Ministeriums für Wirtschaft, Technologie und Verkehr Umdruck 14/3939	
(gemeinsam mit dem W i r t s c h a f t s a u s s c h u s s)	
- nichtöffentlich gemäß Artikel 17 Abs. 3 Satz 3 LV i.V.m. § 17 Abs. 1 Satz 3 GO -	
10. Information/Kenntnisnahme	19
11. Verschiedenes	20

Die Vorsitzende, Abg. Kähler, eröffnet die Sitzung um 10:00 Uhr und stellt die **Beschlussfähigkeit** des Ausschusses fest. Die **Tagesordnung** wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Vor Eintritt in die Tagesordnung teilt die Vorsitzende mit, dass das Kabinett die Nachschiebeliste zum Haushaltsentwurf 2000 am Dienstag, dem 9. November 1999, verabschieden werde; den Fraktionen verbleibe zur Vorbereitung der Beratungen im Finanzausschuss zu dem vorgesehenen Termin am Donnerstag, dem 11. November 1999, zu wenig Zeit, und deshalb schlage sie vor, die Beratungen auf Montag, den 15. November 1999, der ohnehin als Reservetermin in Aussicht genommen worden sei, zu verschieben. - Der Ausschuss ist damit einverstanden.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Schleswig-Holsteinischen Abgeordnetengesetzes

Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD, CDU, F.D.P. und der Abgeordneten des SSW

Drucksache 14/2459

(überwiesen am 13. Oktober 1999 an den Innen- und Rechtsausschuss und den Finanzausschuss)

Die Vorsitzende teilt mit, dass der federführende Innen- und Rechtsausschuss in seiner gestrigen Sitzung dem Gesetzentwurf zugestimmt habe.

Abg. Heinold erklärt, dass sie sich der Stimme enthalten werde, weil ihre Fraktionen bei den Nummern 1 und 2 des Artikels 1 unterschiedlich abstimmen werde.

Mit den Stimmen von SPD und CDU bei Enthaltung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stimmt der Ausschuss dem Gesetzentwurf zu.

Punkt 2 der Tagesordnung:

a) Finanzplan des Landes Schleswig-Holstein 1999 bis 2003

Bericht der Landesregierung
Drucksache 14/2342

**b) Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplanes 2000
(Haushaltsgesetz 2000)**

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 14/2320

Beantwortung von Fragen

• **Einzelplanübergreifend**

Fragen der CDU-Fraktion Umdruck 14/3912
Antwort der Landesregierung Umdrucke 14/3948, 14/3986

• **Einzelplan 01**

Fragen der CDU-Fraktion Umdruck 14/3833
Antwort des Landtagsdirektors Umdruck 14/3936

• **Einzelplan 03**

Fragen der CDU-Fraktion Umdruck 14/3830
Antwort der Landesregierung Umdruck 14/3938

• **Einzelplan 04**

Fragen der CDU-Fraktion Umdruck 14/3842
Antwort der Landesregierung Umdruck 14/3967

• **Einzelplan 05**

Fragen der CDU-Fraktion Umdruck 14/3892
Antwort der Landesregierung Umdruck 14/3961

- **Einzelplan 06**

Fragen der CDU-Fraktion	Umdruck 14/3825
Antwort der Landesregierung	Umdruck 14/3922

Fragen der SPD-Fraktion	Umdruck 14/3852
Antwort der Landesregierung	Umdruck 14/3921

- **Einzelplan 07**

Fragen der CDU-Fraktion	Umdruck 14/3930
Antwort der Landesregierung	Umdrucke 14/3984, 14/3985

- **Einzelplan 08**

Fragen der CDU-Fraktion	Umdrucke 14/3891, 14/3929
Antwort der Landesregierung	Umdruck 14/3958

- **Einzelplan 09**

Fragen der CDU-Fraktion	Umdruck 14/3841
Antwort der Landesregierung	Umdruck 14/3934

- **Einzelplan 10**

Fragen der CDU-Fraktion	Umdruck 14/3829
Antwort der Landesregierung	Umdruck 14/3941

Fragen der CDU-Fraktion	Umdruck 14/3893
Antwort der Landesregierung	Umdruck 14/3978

- **Einzelplan 11**

Fragen der CDU-Fraktion	Umdruck 14/3895
Antwort der Landesregierung	Umdruck 14/3964

- **Einzelplan 12**

FIN 129/5	
Antwort der Landesregierung	Umdruck 14/3959

- **Einzelplan 13**

Fragen der CDU-Fraktion	Umdruck 14/3826
Antwort der Landesregierung	Umdruck 14/3928

- **Einzelplan 16**

Fragen der CDU-Fraktion	Umdruck 14/3832
Antwort der Landesregierung	Umdruck 14/3926

Fragen der CDU-Fraktion	Umdruck 14/3894
Antwort der Landesregierung	Umdruck 14/3979

Der Ausschuss nimmt zunächst die schriftlichen **Antworten** auf die von den Fraktionen gestellten **Fragen** entgegen.

Abg. Stritzl bittet um Informationen über die Schwerpunkte der mit der **Nachschiebeliste** zu erwartenden Änderungen des Haushaltsentwurfs. St Döring teilt mit, dass die Verhandlungen mit den Ressorts zwischenzeitlich zwar abgeschlossen seien, dass über die Nachschiebeliste insgesamt jedoch noch nicht entschieden worden sei.

Abg. Kubicki erkundigt sich nach den durch die **Aufschnürung des Sparpakets** von Bundesfinanzminister Eichel auf den **Landeshaushalt** zukommenden **Belastungen**. M Möller antwortet, dass es einerseits eine breite Übereinstimmung auf Seiten der Länder gebe, dieses Sparpaket mitzutragen, dass sich andererseits die Länder aber gegen eine einseitige Lastenverschiebung auf die Haushalte der Länder und der Kommunen zur Wehr setzen würden.

Abg. Neugebauer spricht das **ParlaNet** an und erkundigt sich nach der Kostenentwicklung in den Jahren 1999 und 2000. Weiter fragt er, auf welche Weise die Abteilungen Öffentlichkeitsarbeit und Allgemeine Verwaltung die ParlaNet-Arbeit untereinander abstimmen. Ref. Wentz sagt eine schriftliche Antwort zu.

Abg. Astrup greift eine Bemerkung des Abg. Kubicki auf und betont, dass die weltweite Darstellung des Schleswig-Holsteinischen Landtages durch lediglich eine Adresse nicht nur für wünschenswert gehalten, sondern von den Abgeordneten sogar gefordert werde.

Abg. Neugebauer fragt nach den Konsequenzen der **Abschaffung der Einrichtung des Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderung** für die dort tätigen Beschäftigten. - Die Vorsitzende bittet, diese Frage schriftlich zu beantworten.

Abg. Sager spricht die Entwicklung des **BingoLottos** an und schlägt vor, die Geschäftsführung zu einer Anhörung einzuladen.

Abg. Heinold warnt vor einer Negativ-Diskussion, und betont, es könne nicht im Interesse der Zuschussempfänger liegen, das BingoLotto schlecht zu reden. Abg. Kubicki hält dagegen, dass die Information aus Hamburg, das BingoLotto demnächst einzustellen, eine stärkere Signalwirkung mit größerem Öffentlichkeitsinteresse habe als jede Erörterung im Ausschuss. Er plädiert allerdings dafür, die Diskussion nicht auf das BingoLotto zu beschränken, sondern auf die Glücksspielszene in Schleswig-Holstein insgesamt auszudehnen. Als Termin dafür schlägt die Vorsitzende eine der ersten Sitzungen im Januar 2000 vor.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Stiftung „Schloss Glücksburg“

- Verfahrensfragen -

Der Ausschuss folgt dem Vorschlag der Vorsitzenden, die Arbeitsgruppe "Haushaltsprüfung" mit der weiteren Diskussion und der Vorbereitung einer Beschlussempfehlung zu beauftragen und als Termin dafür Donnerstag, den 11. November 1999, vorzusehen.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 14/2435

(überwiesen am 13. Oktober 1999 an den Innen- und Rechtsausschuss und den
Finanzausschuss)

- Verfahrensfragen -

Die Vorsitzende gibt bekannt, dass der Innen- und Rechtsausschuss in seiner gestrigen Sitzung beschlossen habe, eine schriftliche Anhörung durchzuführen, und als Termin, bis zu dem die Stellungnahmen vorliegen sollen, den 30. November 1999 festgelegt habe. - Der Finanzausschuss richtet an den Innen- und Rechtsausschuss die Bitte, auch ihm die eingehenden Stellungnahmen zuzuleiten, und beschließt, sich zu gegebener Zeit erneut mit der Thematik zu beschäftigen.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Unabhängigkeit und Bestand der Verbraucherarbeit in Schleswig-Holstein

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 14/2420

Änderungsantrag der Fraktion der F.D.P.
Drucksache 14/2466

(überwiesen am 14. Oktober 1999 an den Finanzausschuss und den Agrarausschuss)

- Verfahrensfragen -

Abg. Kubicki nimmt Bezug auf öffentliche Äußerungen aller Fraktionen und plädiert dafür, bereits in der heutigen Sitzung in der Sache zu entscheiden. Abg. Heinold und Abg. Neugebauer widersprechen diesem Verfahrensvorschlag mit einem Hinweis auf die Haushaltsrelevanz sowie darauf, dass die Willensbildung in den Fraktionen noch nicht abgeschlossen sei.

Die Vorsitzende appelliert an die Fraktionen, den Antrag im Zuge der Haushaltsberatungen 2000 zu behandeln.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Outputorientierte Budgetierung

- Zielvereinbarungen und outputorientierte Budgetierung im Pilotbetrieb
ErlebnisWald Trappenkamp
Umdruck 14/3690
- Konzept zur Einführung einer outputorientierten Budgetierung in der
Landesverwaltung Schleswig-Holstein
Umdruck 14/3815
- Zwischenbericht über die §-10a-LHO-Modellprojekte
Umdruck 14/3816

Abg. Heinold nimmt Bezug auf die Vorlage Umdruck 14/3815 und erklärt, an dieser Stelle sei ausdrücklich das Finanzministerium zu loben, dass das Konzept „dem Beschluss des Landtages vom Dezember 1998 (folge), nach dem im Rahmen der Verwaltungsmodernisierung Zielvereinbarungen zwischen Parlament und Regierung vor der Budgetierung einzelner Bereiche abzuschließen sind“. Die Realisierung dieses Konzeptes werde sie in aller Konsequenz auch einfordern.

St Döring hebt hervor, dass den Bemühungen der Landesregierung zur Verwaltungsmodernisierung das geltende Haushaltsrecht zugrunde liege. Mit der zitierten Vorlage bitte die Landesregierung die Abgeordneten um Zustimmung zu dem beschriebenen ersten Teilschritt, da eine Fortsetzung der Arbeit auf diesem Gebiet nur dann möglich sei, wenn der Landesregierung die Vorstellungen der Abgeordneten bekannt seien.

St Döring geht weiter auf Ausführungen des Abg. Kubicki ein und betont, dass ohne die Kosten-Leistungs-Rechnung eine outputorientierte Budgetierung „absoluter Unsinn“ sei. Er kündigt an, dem Ausschuss demnächst eine sehr umfassende Vorlage zuzuleiten. P Dr. Korthals möchte wissen, ob die vom Landesrechnungshof angestellten Überlegungen in das Konzept eingebaut werden. St Döring stellt einerseits die Bedeutung der Anregungen des Landesrechnungshofs heraus, macht andererseits aber auch klar, der Landesrechnungshof könne nicht davon ausgehen, dass seine Anregungen „in toto“ übernommen werden.

Abg. Kubicki schlägt zum Verfahren vor, die Vorlage Umdruck 14/3815 zustimmend zur Kenntnis zu nehmen.

Abg. Astrup stellt heraus, dass sich nach seinem Eindruck alle anwesenden Abgeordneten über die Bedeutung des Konzeptes für die Zukunft einig seien, und empfiehlt, sich mit dem Thema nach Abschluss der parlamentarischen Routinearbeit im Januar zu beschäftigen.

Der Ausschuss nimmt die Vorlage Umdruck 14/3815 zustimmend zur Kenntnis und beschließt im Übrigen im Sinne der Ausführungen des Abg. Astrup.

(Unterbrechung: 11:40 Uhr bis 14:00 Uhr)

Punkt 7 der Tagesordnung:

Pilotbehörde „Staatskanzlei“ im Rahmen des Projekts der flächendeckenden Einführung der Kosten- und Leistungsrechnung in der Landesverwaltung

Vorlage des Chefs der Staatskanzlei
Umdruck 14/3865

Abg. Stritzl qualifiziert das Projekt als „eine positive zeitnahe Erfassung des Mittelabflusses mit einer begrüßenswerten Abgleichung zwischen Soll und Ist“ und fragt nach weiteren Pluspunkten. St Gärtner antwortet, dass sich der zusätzliche Arbeitsaufwand zu Beginn des Projektes zwischenzeitlich eingespielt und dass sich das Verfahren wegen des schrittweisen Vorgehens bewährt habe. Ref. Tüxen fügt auf eine Frage des Abg. Neugebauer hinzu, dass sich der Zeitaufwand zusehends verringere, weil es in der Projektarbeit fortlaufend zu Vereinfachungen komme. Die Einführung der Kosten-Leistungs-Rechnung werde im Ergebnis in einer Größenordnung von 0,5 Stellen zu Buche schlagen.

Abg. Stritzl möchte wissen, ob die in der Staatskanzlei praktizierte Querschnittsaufgabe auf die Ressorts übertragbar sei. St Gärtner antwortet, die Tatsache, dass die Wahrnehmung dieser Aufgabe durch die Staatskanzlei von anderen deswegen als besonders schwierig angesehen worden sei, weil es sich bei der Staatskanzlei um keine „typische Behörde“ handle, bedeute im Umkehrschluss, dass das Projekt ohne weiteres auf die Ressorts übertragbar sei.

Der Ausschuss nimmt die Vorlage - wie die Vorsitzende feststellt - zur Kenntnis.

Punkt 8 der Tagesordnung:

a) Einwilligung des Schleswig-Holsteinischen Landtages in die Veräußerung der in der Anlage bezeichneten Liegenschaften zum Verkehrswert an die Investitionsbank Schleswig-Holstein, Zentralbereich der Landesbank Schleswig-Holstein Girozentrale

Antrag des Ministeriums für Finanzen und Energie
Drucksache 14/2365

(überwiesen am 17. September 1999)

**b) Gebäudemanagement Schleswig-Holstein (GMSH)
hier: Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2000**

Vorlage des Ministeriums für Finanzen und Energie
Umdruck 14/3957

Abg. Stritzl moniert, dass in dem Antrag auf **Einwilligung in die Veräußerung von Liegenschaften** nur vom Bodenwert, vom Ertragswert und vom Verkehrswert, nicht jedoch vom Substanzwert die Rede sei. Anhand einiger Beispiele zeigt er erhebliche Diskrepanzen auf und betont, dass das Land durch die vorgesehene Veräußerung erhebliche Verluste erleide.

St Döring bestätigt das Vorhandensein von Diskrepanzen und merkt an, dass sich das Land das erste Mal in der Situation befinde, Wertermittlungen in dem großen Umfang im Vorfeld von Liegenschaftsveräußerungen vorzunehmen. Außerdem betont er, „dass man nicht immer das wiederbekommt, was man hinein gesteckt hat“. Dies sei ein Beleg dafür, dass in der Vergangenheit oftmals unter anderen als unter Wirtschaftlichkeitsgesichtspunkten gebaut worden sei.

Abg. Stritzl führt aus, dass die Wertermittlung als Voraussetzung für die Liegenschaftsveräußerung unter erheblichem Zeitdruck gestanden habe mit der Konsequenz, dass sie nicht immer fehlerfrei verlaufen sei. Er beantrage deshalb, in Form einer Nachschau eine Zweitbegutachtung vorzunehmen. AL Schmidt-Elsäßer erklärt, er vermöge nicht zu erkennen, dass eine Zweitbegutachtung zu anderen Ergebnissen führe. Abg. Gröpel schließt sich dieser Bewertung an.

Abg. Peters steht auf dem Standpunkt, dass es aus der Sicht ihrer Fraktion unsinnig sei, Immobilien erst zu veräußern und sie anschließend anzumieten. In der Konsequenz bedeute dies

nämlich, dass auf einen höheren Verkaufserlös verzichtet werde, um das Objekt anschließend für eine gewisse Zeit zu günstigen Bedingungen anmieten zu können.

Der Antrag des Abg. Stritzl, einen Zweitgutachter einzuschalten, wird mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU abgelehnt.

Der Antrag auf Einwilligung in die Veräußerung von Liegenschaften an die Investitionsbank, Drucksache 14/2365, wird mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU angenommen.

GF Dr. Speck antwortet auf eine Frage des Abg. Stritzl zum Thema **GMSH**, dass im Jahre 1998 für 953 Stellen rund 77 Millionen DM aufgewendet worden seien; im Jahre 2000 verursachten 937 Stellen Kosten in Höhe von 70,9 Millionen DM. Damit bleibe man unter dem Ansatz für 1998. M Möller fügt hinzu, entscheidend sei nicht die Zahl der Stellen, sondern die Personalkosten; die wiedergegebenen Zahlen seien ein Erfolg der Budgetierung.

Den Wirtschaftsplan der GMSH, Umdruck 14/3957, nimmt der Ausschuss zur Kenntnis.

Punkt 9 der Tagesordnung:

Verkauf des landeseigenen Hafens Dagebüll und Privatisierung der landeseigenen Hafengruppe Brunsbüttel

Vorlage des Ministeriums für Wirtschaft, Technologie und Verkehr
Umdruck 14/3939

(gemeinsam mit dem **W i r t s c h a f t s a u s s c h u s s**)

- **nichtöffentlich** gemäß Artikel 17 Abs. 3 Satz 3 LV i.V.m. § 17 Abs. 1 Satz 3 GO -

Der Ausschuss wiederholt auf Vorschlag der Vorsitzenden den Beschluss in der gemeinsamen Sitzung des Finanzausschusses (131.) und des Wirtschaftsausschusses (66.), „wegen des gebotenen Vertrauensschutzes gegenüber den Vertragspartnern **vertrauliche Beratung in nichtöffentlicher Sitzung** gemäß Artikel 17 Abs. 3 Satz 3 LV i. V. m. § 17 Abs. 1 Satz 3 GO“ mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU.

Abg. Astrup plädiert dafür, dem Wunsch des Wirtschaftsministeriums auf Zustimmung zum Vertragsentwurf nachzukommen, und zeigt sich erfreut darüber, dass es gelungen sei, „den Nachfragebedarf der Opposition weitestgehend zu befriedigen“.

Abg. Peters erklärt, dass sich ihre Fraktion der Stimme enthalten werde, da sie noch Beratungsbedarf habe.

Mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der CDU stimmt der Ausschuss dem Vertragsentwurf zu.

Der Ausschuss nimmt zur Kenntnis, dass die Landesregierung die Anträge auf Veräußerung des landeseigenen Hafens Dagebüll und auf Privatisierung der landeseigenen Hafengruppe Brunsbüttel nunmehr dem Landtag zuleiten werde.

Punkt 10 der Tagesordnung:

Information/Kenntnisnahme

Der Ausschuss nimmt die folgenden Vorlagen ohne Aussprache zur Kenntnis:

Umdruck 14/3866 - Normenkontroll- und Organstreitverfahren

Umdruck 14/3889 - Errichtung eines Sprach- und Datennetzes

Umdruck 14/3890 - Errichtung eines Sprach- und Datennetzes

Umdruck 14/3906 - LRH-Antwortschreiben

Umdruck 14/3907 - BVerfG zum Familienlastenausgleich

Umdruck 14/3927 - Wirtschaftsplan LVS

Umdruck 14/3945 - Abstraktes Normenkontrollverfahren

Punkt 11 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Die Vorsitzende greift eine Bemerkung von M Möller auf und schlägt vor, das Gespräch der finanzpolitischen Sprecher der Fraktionen mit dem Finanzministerium, dem Landesrechnungshof und der Landesbank in Sachen **Eigenkapitalsituation** nach der auf den 15. November terminierten Sitzung des Finanzausschusses zu führen.

Die Vorsitzende, Abg. Kähler, schließt die Sitzung um 16:30 Uhr.

gez. U. Kähler

Vorsitzende

gez. R. Breitkopf

Geschäfts- und Protokollführer